

* name: Bernd Müller

- Ihre Frage

* frage: In der Diskussion um den Jugendförderplan haben sich besonders die Stadtverordneten Wolfgang Bialas (CDU) und Jürgen Maresch (parteilos) hervorgetan, dem „Verein für ein multikulturelles Europa e.V.“, besser bekannt als das Projekt „Zelle 79“, die kommunale Förderung zu streichen. Dem dadurch entstandenen Druck haben die Vereinsaktiven offensichtlich nicht standgehalten und haben den Antrag zurückgezogen.

Nun berichtet die bundesweit erscheinende Wochenzeitung „Unsere Zeit“ voraussichtlich in der Ausgabe vom 19. Februar über die Vorgänge. In diesem Zusammenhang werden Fragen aufgeworfen, die sowohl von der Stadtverwaltung als auch von der Stadtverordnetenversammlung beantwortet werden sollten.

1. Nachdem der Leiter des Jugendamtes nach Angaben der Lausitzer Rundschau gesagt hatte, man habe bei dem besagten Verein keine Anzeichen linksextremer Ausrichtung gefunden, hatte wohl Herr Bialas ein Brief (am 12. Januar 2016) an den Oberbürgermeister und die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung geschrieben, in dem er das Gegenteil behauptete. Ist das korrekt?

2. Dem Zeitungsbericht zufolge hat Herr Bialas in dem Brief geschrieben: „Unter dem Dach des Vereins bzw. unter dem Dach Parzellenstr. 79 wurden und werden linksextremistische und auf Gewalt gegen den Rechtsstaat (z.B. gegen die Polizei) gerichtete Aktivitäten geplant, organisiert und nachbereitet.“ Kann die Stadtverwaltung diesen Wortlaut bestätigen?

3. Herr Bialas hatte wohl in dem Brief die Stadtverwaltung aufgefordert, „von der zuständigen Polizeidirektion Süd/Polizeiinspektion CB/SPN erforderliche Erkenntnisse zu den Nutzern der Parzellenstr. 79 anzufordern“. Nach Angaben der Polizeidirektion Süd hat dies die Stadtverwaltung am 20. Januar getan, und die Anfrage sei auch umgehend beantwortet worden. Dabei konnten keine Angaben über staatsfeindliche Aktivitäten im Haus Parzellenstr. 79 gemacht werden. Wie lautet der genaue diesbezügliche Wortlaut?

4. Bis zum 15. Februar wurde das Ergebnis der Anfrage nicht den Stadtverordneten bekannt gegeben. Wieso nicht?

5. In dem Brief von Herrn Bialas wird vor allem auf den Verein „Rote Hilfe“ hingewiesen, der unter dem Dach der Parzellenstr. 79 eine Veranstaltung gemacht hatte. „Unsere Zeit“ hat auch beim Brandenburger Verfassungsschutz angefragt, und dieser konnte nicht bestätigen, dass die „Rote Hilfe“ Gewalt gegen Staatsbedienstete oder sonstige Bürger propagiert, legitimiert oder gar organisiert. Wie bewerten Stadtverordnetenversammlung und Stadtverwaltung vor diesem Hintergrund den Brief des Herrn Bialas? Distanzieren sie sich von den darin getätigten Äußerungen?

6. Durch die Aktivitäten von Herrn Maresch und Herrn Bialas ist das selbstverwaltete Projekt „Zelle 79“ in Gefahr. Kann es sich der Cottbuser Sozialdezernent vorstellen, den Stadtverordneten eine Weiterbildung zu organisieren, z.B. über den Wert von selbstverwalteten Projekten für die Resilienzförderung bei mehrfach benachteiligten Jugendlichen.